

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Woffe, Haagenstein & Vogler, G. B. Daube,
Invalidenbank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gersmann.
Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Mies. Halle a. S.
Jul. Barts & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, N. Steiner,
William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Kistler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Abend-Ausgabe.

Aus Kiel geht uns die telegraphische Nachricht zu, daß Prinzessin Heinrich heute früh 8 Uhr von einem Prinzen entbunden ist. — Ein neues Reis am Hohenzollernstamme! Möge es erblühen zur Freude der prinzlichen Eltern, zum Heile für das Vaterland!

National-sozialer Verein.

Der neue „national-sozialistische „Verein“ ist mit keinem Programm vor die Öffentlichkeit getreten. Selbst seine Freunde müssen angeben, daß es leere Worte enthält. Deshalb mußte man gespannt sein, welchen Inhalt die Führer ihnen geben würden, und sie haben damit nicht gesäumt. Auf einem besonderen „Kongreß“ machte sich kein Geringerer, wie Professor Sobin aus Leipzig, zum Ausleger des Programms. Danach fest sich der National-Sozialismus trotz aller großen Worte hauptsächlich nur das eine Ziel, an die Arbeiterbewegung zu treten, mit dem vorgeschügten Zweck, die Arbeiter durch einseitige Pflege ihrer Interessen zu nationaler Denkartung zu erziehen und von der Sozialdemokratie abzubringen, diese also gewissermaßen „abzulenken“ — da „ihre Zeit um ist.“ Der „Verein“ — eine Partei ist nicht zu Stande gekommen — erstrebt zu diesem Zwecke, ganz wie die Sozialdemokratie, eine Veränderung unserer Rechtsordnung; aber er will sein Ziel im Gegensatz zum christlichen Sozialismus auf keiner konfessionellen Basis, sondern auf einem Boden erreichen, der Raum für alle, auch für das Judenthum, bietet, und will den Hauptkampf richten zu Gunsten der Arbeit — und vaterländischen Interessen gegen die „Uebermacht vorhandener Besitzkräfte“. Das Charakteristische dieses neuen Vereins ist also zunächst, daß er, obwohl er hervorgegangen ist aus der christlich-sozialen Bewegung, das christliche Bekenntnis preisgibt. Seine Eigenart besteht ferner darin, daß er sich als ausgesprochener Arbeiterfreund einführt. Bei dieser Bewandnis läßt sich der Verlauf der neuen Bewegung klar voranschauen. Das Verlassen der christlichen Basis entzieht ihrer praktischen Tätigkeit gewissermaßen das feste Rückgrat und stellt sie ganz in den Strom der politischen Leidenschaft. Die einseitige Pflege der Arbeiter-Interessen bringt sie andererseits in einen scharfen Gegensatz zu den staatsverhaltenden Parteien und zu den Voraussetzungen für die nationale Wohlfahrt, also weit ab von ihren angeblich nationalen Bestrebungen. Die wahren Interessen des Vaterlandes begeben nicht den Gegenab, sondern den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, — die vernunftgemäße Berücksichtigung des Anteils, welchen jeder dieser Faktoren an der Volkswohlfahrt hat. Bei dem neuen „Verein“ aber wird es klar, daß neben ehrsüchtigen Bestrebungen ein unaussprechbares Vorurteil gegen den materiellen Besitz und ein brennender Haß gegen „die Reichen“ seine Handlungen bestimmt. Da kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß dieses Gebilde des unpraktischen Doktrinarismus entweder im Sande verläuft oder in der Sozialdemokratie aufgeht. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere. Wo der Haß der treibende Faktor ist, da drängen die Dinge überall der schiefen Ebene zu. Diese Entwicklung wird auch nicht aufhalten, wenn man ihn hinter schönen Worten von „nationaler Denkungsart“ zu verbergen sucht. Es zeugt überhaupt von einer totalen Verkennung des Wesens der Sozialdemokratie und der für ihr Wachstum treibenden Kräfte, also auch der Zustände und Auffassungen in den Arbeiterkreisen, wenn der nationale Sozialismus sich der Täuschung hingibt, die Arbeiter durch rückhaltlose Erfüllung ihrer Begehrlichkeiten zum Wohlhalten und zu vaterländischer Gesinnung zu ziehen und so die Sozialdemokratie einfach „abzulenken“ zu können. Wenn diese Jemand „ablenkt“, so ist es der Anarchismus oder die Sabelherrschafft. Nicht der rationalen Umgestaltung der vaterländischen Verhältnisse im Rahmen des Möglichen und auf dem Boden der geschichtlichen Entwicklung strebt die sozialistische Volksströmung zu; ihr Ziel ist die Erringung der Uebermacht und einseitigen Vorherrschaft der Arbeiterkraft im Staate, und da die Sozialdemokratie mit ihrer Organisation und Agitation die Arbeiter diesem Ziele schneller zuführt, als irgend eine andere Partei, so ist alles Liebeswühlen katholersozialistischer Professoren und demagogischer Faktoren einfach eitel. Sie glauben zu scheitern, und sie werden gescheitern, widersandlos in die Arme des politischen Radikalismus, dem sie tatsächlich im Herzen schon angehören. Im besten Falle tragen sie zu einer weiteren Zersplitterung der bestehenden Parteien bei, — der lachende Erde ist immer die Sozialdemokratie.

Der neue Fischereihafen zu
Geestemünde.

Am 1. November d. J. ist der neue Fischerei-
hafen zu Seestemünde nach einer Bauzeit von
5 Jahren feierlich eröffnet und der dortigen
Fischereihafen-Gesellschaft übergeben
worden. Der Hafen, der eine Längendecke von
1200 m und eine Breite von 65 m aufweist, ist
der größte des Kontinents, und dazu bestimmt,
der Hochseefischerei, insbesondere der mit Dampf-
betriebenen Fischerei, zu dienen, den Absatz
der Fische nach dem Binnenlande zu erleichtern und
die Verbreitung der Seefische als gesundes und
billiges Volks-Nahrungsmittel durch Massenver-
trieb und schnelle Beförderung zu unterstützen.
Die Fischhalle, welche an einzelne Fischereier-
zeugnisse verpackt ist, erstreckt sich in einer Länge
von 450 m längs des Wohlfahrts und soll dem-
nächst auf 600 m erweitert werden. In ihr
finden die Geschäftsräume der Fischereihändler
ihren Platz; außerdem befindet sich darin an der
Wasserseite eine große Auktionshalle, in der die
angekauften Fänge versteigert werden. Der
Erlös der versteigerten Waare fließt in erster
Linie der Fischereierzeug-Gesellschaft zu, ein
Theil gebührt vertragmäßig dem Fiskus und
den Auktionatoren. Im Anschluß an die eigen-
lichen Hafenanlagen sind umfangreiche Gleis- und
Güterabfertigungs-Anlagen der Eisenbahnverwal-

tung und ein Restaurationsgebäude zu vermerken. Letzteres enthält gleichzeitig Räume für die Post und Telegraphie und ein Seemannsheim, das unter geistlicher Aufsicht steht und Gelegenheit bieten soll, den abgemühten Seeleuten billige und zweckentsprechende Unterkunft zu gewähren. Im Anschluß an das Seemannsheim wird versichert werden, dem verderblichen Einfluß der Heuerboie, wie er vielfach in den Hafenstädten sich geltend macht, entgegenzutreten. Der neue Hafen liegt zum großen Theil im Zollauszugsgebiet; die betheiligten Gewerbetreibenden haben jedoch den Wunsch, daß die Fischereifahrzeuge, welche zur Zeit in die im Zollinlande belegene Geste einlaufen, auch in Zukunft im Zollinlande fischen können, da anderenfalls die in den Poßhäusern zum Verkauf in Körbe verpackten Fische beim Eintritt in das Zollgebiet der Zollrevision unterliegen und in Folge der zeitraubenden Aufertigungen Verpätungen bei der Verladung nicht zu vermeiden sein würden. Ferner würde für die eingebrachten, von der Mannschaft deutscher Fahrzeuge an der deutschen Küste gefangenen Sealthiere eine besondere Identitätskontrolle in dem ausländischen Theile des Hafens erforderlich werden, von welcher die Interessenten nicht ohne Grund eine Schwächung des Geschäfts befürchten. Um diesen Mängeln vorzubeugen, erscheint es geboten, den Fischereihafen bis auf einen kleinen, zur Errichtung von Proviantlagern bestimmter Theil der Südmole dem Zollgebiet anzuschließen. Der Bundesrath hat deshalb in seiner geistigen Sitzung beschlossen, daß der neue Seemannsheim der Fischereifahrer bis auf einen zur Errichtung von Proviantlagern bestimmten kleinen Theil der Südmole dem Zollgebiet angeschlossen und die nähere Festsetzung der Zollgrenze sowie die Bestimmung des Zeitpunktes für den Anschluß dem königlich preussischen Finanzminister überlassen werden soll. Die Befragung eines Theils des neuen Hafens außerhalb der Zollgrenze ist notwendig, damit die Fischereifahrzeuge zu jeder Zeit ihren Proviant unverzollt und ohne Aufenthalt an Bord nehmen können.

Von dem Fischhandel in Geestemünde ist folgendes von Interesse: In die Geeste sind von Anfang Juli bis Ende September d. Js. 468 Fischdampfer eingelaufen, die höchste Zahl, die bisher überhaupt in einem Quartale erreicht ist; dazu kommen 136 Segelfahrzeuge. Der Umsatz in der Auktionshalle belief sich auf 7 071 479 Pfund Fische mit 636 073 Mark Erlös gegen 8 006 847 Pfund mit 583 384 Mark Erlös in derselben Zeit des Vorjahres. Nicht durch die Auktionen wurden abgesetzt 59 Dampferladungen im Gewichte von etwa 1 063 800 Pfund im Werte von etwa 112 796 Mark. Diese Fischmengen sind fast ausschließlich von der Aktien-Gesellschaft „Nordsee“ verarbeitet worden. Die Fischpreise haben gegen das Vorjahr einen höheren Stand behauptet, woraus anscheinend auf einen vermehrten Fischkonsum geschlossen werden kann. Die vom Deutschen Seefischerei-Verein ausgehenden Veruche, den Transport der Fische in besonders hergerichteten Schiffswagen zu bewirken, haben noch keinen völlig befriedigenden Erfolg gehabt. Der Konjum in der Fischhölle der Berliner Gewerbeausstellung, für welche die Fische durch die bezeichneten Wagen herangeschafft wurden, ist allerdings ganz bedeutend gewesen. Man hofft auch, daß die Ausstellung für den Fischhandel glänzige Erfolge haben wird. Die Ergebnisse der Fischerei in der Nordsee waren im Allgemeinen befriedigend. Auffallend ist der Umstand, daß in diesem Jahre verhältnismäßig geringe Mengen großer Schellfische gefangen worden sind. Es sind wieder verheißene Fangreisen nach den isländischen Fischgründen unternommen worden. In drei Fällen hatte man nur einen auffallend geringen Erfolg. Dagegen lieferten zwei im September nach Island ausgesandte Reisen wieder reiche Fänge. Die Fabrikation von Medizinal-Leberthran aus den frischen Lebern der auf See gefangenen Fische verspricht eine befriedigende Entwicklung. Die ersten Veruche in dieser Richtung sind im Vorjahre unternommen. Inzwischen ist das hergestellte Produkt auf der diesjährigen Wiener Ausstellung prämiert worden, obwohl es mit den bestbewährten norwegischen Thranen zu konkurrieren hatte. Die Herstellung des Thrans kann nur im Winter stattfinden. In dem bevorstehenden Winterhalbjahre dürfen 20 000 bis 30 000 Kilogramm gewonnen werden, ein Quantum, das immerhin schon einen Werth von 30 000 bis 45 000 Mark darstellt. Man hofft, daß die Fischdampfer-Moderisten mit der Zeit durchweg auf ihren Schiffen die zur Gewinnung des Thrans erforderlichen Einrichtungen treffen werden. Sobald dies erreicht ist, würde eine Jahresproduktion von mehreren 100 000 Kilogramm gesichert sein.

Deutschland.

Berlin, 27. November. Der Kaiser ver-
ließ gestern Nachmittag an Bord des Panzers
"König Wilhelm". Abends fand an Bord der
"Hohenzollern" eine Mittagstafel statt, wozu
Prinz Heinrich und Admiral von Ruder ge-
laden waren. Admiral Hollmann ist nach Berlin
abgereist.

Der Bundesrath hat in seiner geſtrigen Sitzung dem Entwurf von Ausführungsbeſtimmungen zur Gewerbeordnung, betreffend den Gewerbebetrieb der Ausländer im Umhergehen, dem Verſetzungs- und Penſionsſatz der Reichsbahnbeamten für 1897, dem Entwurf einer Ausnahmebeſtimmung von dem Verbote der Sonntagsarbeit in Mälzereien, ſowie den Ausſichtsanträgen, betreffend den Salzſteuerverminderungsfondſatz für Eiſch-Votbringen und betreffend die zollfreie Ablafung von Mineralöl zu Raffinations- und anderen gewerblichen Zwecken die Zuſtimmung ertheilt. Angenommen wurde ferner der Zollanſpruch des neuen Fiſcherhäfens in Geſtemünde, ſowie eine Abänderung der Vorſchriften über die Denaturierung von Salz. Die Vorlage, betreffend die zollfreie Ablafung von Eiſenunterabgängen, ringen und -bedeln bei der Verwendgung zum Schiffbau, und eine Denkiſchrift über die Ausführung der ſeit dem Jahre 1875 erlaſſenen Anleihegeſetze wurden den künſtigen Ausſchüſſen überwiefen. Von der Vorlage, betreffend die Aufhebung des Brandweinſteuer-Grenzbezirks gegen Lugenburg, wurde Kenntniß genommen und über eine Reihe von Eingaben Beſchluß geſaßt. Im Penſions- und Verſetzungsſatz der Reichsbahnbeamten finden

sich ein Zugang von 12 Stellen für Vorstände von Reichsbandnischenstellen (Agenturen). Hiervon entfallen 7 auf die in Demmin, Fürstenwalde, Habersleben, Oulmu, Rietzinghausen, Rendsburg und Werdau neu errichteten Reichsbandnischenstellen und 5 auf die Reichsbandnischenstellen in Fürsternwalde, Rostock, Binbau, Eyd und Mülheim (Ruhr), welche bisher mit Agenten besetzt waren und in Zukunft behufs besserer Förderung des Interesses der Reichsbank von etatsmäßigen Beamten verwaltet werden sollen.

— Wenn der Versuch der Sozialdemokratie im Reichstage mißglückt ist, eine Mittheilung der Regierung über die Zollbifferenzen mit Rußland zu veranlassen, so war dieses Ergebnis vorauszu sehen. Noch ehe die Sozialdemokratie ihre Interpellation eingebracht hatte, war es bekannt geworden, daß sowohl bei der deutschen als auch bei der russischen Regierung die Geneigtheit vorhanden sei, durch gemeinsame Unterhandlungen auf eine Ausgleichung der vorhandenen Streitigkeiten hinarbeiten. Die russische Regierung hat sogar einen sehr hohen Beweis ihres Entgegenkommens dadurch gegeben, daß sie die Verhandlungen in Berlin führen läßt. Erst vor wenigen Tagen sind die Bevollmächtigten hier zusammengetreten, und soweit man hört, nehmten die Verhandlungen einen nicht ungünstigen Fortgang. Es entspricht aber durchaus den strebenden Gewohnheiten, daß über stehende Verhandlungen Mittheilungen seitens der Regierung nicht gemacht werden; das hätte sich auch die Sozialdemokratie sagen können. Es muß also wohl ein ganz bestimmter Grund gewesen sein, der sie veranlaßt hat, ihre Anfrage im Reichstage einzubringen. Und dieser Grund wird nicht schwer zu finden sein. Durch die russischen Zollerhöhungen auf seine Lebenswaaren sind auch die Arbeiter in den Bezirken der Lederindustrie in Folge der verminderten Ausfuhr in Mitleidenschaft gezogen; das gab der Sozialdemokratie die erwünschte Gelegenheit, sich wieder einmal als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen aufzu spielen.

— Der provisorische Börsenausschuß beriet gestern noch weiter über die Frage der Preisnotierung und der Schlusshelme. Aus der vorgestrigen Sitzung ist noch zu berichten, daß der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums erklärte, schon aus dem Landwirtschaftsministeriumsgesetze ginge die Berechtigung der Landesregierung hervor, der Landwirtschaft eine Vertretung an der Produktenbörse zu gewähren. Der Vertreter des Handelsministeriums leitete diese Berechtigung aus dem Börsengesetz her und bemerkte, daß in seinem Ministerium bereits Erwägungen darüber schwebten, wie der Landwirtschaft eine Vertretung gesichert werden könne.

— Aus Anlaß der vom Reichamt des Innern in den deutschen Bundesstaaten angeordneten Erhebung über die Wirkungen der Bäderreierordnung hat der geschäftsführende Ausschuß des freien deutschen Bäderverbandes den Gewerkschafts- und Innungspräsidenten folgende sechs Fragen, die sich auf den Maximalarbeitsstag beziehen, zur Beantwortung vorgelegt:

„Die Bädermeister sollen hiernach Auskunft darüber geben, 1. ob sie im Stande sind, den geschäftlichen Maximalarbeitsstag einzuhalten und Streitigkeiten mit den Behörden beim Vollzug der Verordnung zu vermeiden; 2. um wie viele Stunden sie täglich über die zwölfw. (mit der einstündigen Pause dreizehn) stündige Arbeitszeit hinausgehen, und wie oft die Arbeitszeit durchschnittlich in der Woche überschritten werden muß, welche Pausen stattfinden u.; 3. wie sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Gehilfen seitler gestaltet hat; 4. welche Mißstände der Maximalarbeitsstag im Geschäft verursacht hat; 5. ob mit zwei Arbeitsstichen gearbeitet wird; 6. ob die Gehilfen den Maximalarbeitsstag wünschen.“

Der geschäftsführende Ausschuss wird das Erhebungsmaterial sammeln und den Regierungen sowie dem Reichstag vorlegen.

— Konduitenlisten sollen in Westpreußen in Regierungsbezirk Danzig, nach der „Volkszeit“, geführt werden über die politische Gesinnung der Lehrer, darüber, ob sie diese Gesinnung öffentlich zur Schau tragen, über ihre Zeitungselektüre, ihren Umgang und ihr außeramtliches Betragen. Diese Konduitenlisten sollen durch die Gemeindevorsteher (a) ausgefüllt werden und durch Vermittelung des Landraths an die Regierung gesandt werden. Öffentlich wird man bei der Veratung des Auftragsrats im preussischen Abgeordnetenhanse dafür Sorge tragen, Klarheit über diese nahezu ungläubliche Mittheilung zu erlangen.

— Das Urtheil über Premier-Lieutenant von Brülweis ist noch immer nicht bekannt gegeben. Ob es bereits gefällt, ob es in der Bestätigungsinanz noch nicht erledigt ist, weiß man nicht. Der „Vorwärts“ stellt folgende Kombination auf, „die günstige Information des Kriegsministers über den von anderer Seite so schlecht behandelten Offizier zu erklären: In der Rang- und Quartierliste für das Jahr 1893 wurde Herr von Brülweis als Adjutant bei dem 3. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 109 in Karlsruhe aufgeführt. Der Major jenes Regiments, von dem damals die Meldung

Batallions war aber damals Herr von Gohler, der Bruder des jetzigen Kriegsministers. Gegenwärtig ist der frühere Major von Gohler Stabschef in Breslau. Vielleicht ist der Kriegsminister durch die Vertrauensstellung, die früher von Brühlwitz als Adjutant bei seinem Bruder bekleidete, zu seinem günstigen Urtheil über den gefährliehen Grecedanten gekommen. — Daß Herr von Brühlwitz in seiner Brust gewissermaßen zwei Seelen getragen hat, oder daß die Neigung zu Gressen vielleicht erst in den letzten Jahren bei ihm Platz gegriffen hat, daß die Ankunft des Kriegsministers, die so wesentlich andere Auffassungen aus neuester Zeit über den Charakter des Mannes widerspricht, gutgläubigen und seiner Zeit nicht unzureichenden Mittheilungen ihren Ursprung verdanken kann, ist fast anzunehmen.

— In dem Prozeß, den der Geheimne Kommerzienrath Wedder, der Besitzer des Bernsteinmonopols, gegen den Bernsteinfabrikanten Westphal angestrengt hatte, war bekanntlich eine Aeußerung Wedders, die lautete, er habe den Staat in der Tasche, zur Kenntniß der Regierung gekommen. Daraufhin ist vom Ministerium ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, in Folge dessen vorgestern und gestern Vernehmungen desselben stattgefunden haben. Die

selben sind von dem zu diesem Zweck aus Berlin
entsandten Geheimen Ober-Regierungs-rath Mö-
bius auf der Regierung zu Königsberg i. Pr.
vorgenommen worden.

— So anerkennenswerth die Bestrebungen sind, die Gehälter der aktiven Lehrer geseßlich zu regeln und auf eine möglichst erträgliche Höhe zu bringen, so sollte man doch nicht ganz die mit Pension entlassenen alten Lehrer vergessen. Viele der alten Lehrer haben sich während der langjährigen Antivirtung mit recht lärglichem Einkommen begnügen müssen und auf die vom Jahr zu Jahr eroffnete Gehaltsaufbesserung vergeblich gewartet. Es giebt immer, die Finanzlage des Staates ermögliche eine solche nicht. Viele Lehrerveterane erhalten daher von ihrem f. z. bezogenen geringen Dienst Einkommen auch wiederum eine geringe Pension. Wenn selbst die niedrigen Lehrergehaltstafeln in dem neu vorgesezten Dotationsgesetze beibehalten würden, so käme ein Lehrer nach etwa 31 Dienstjahren von 1650 Mark Maximalgehalt $\frac{1}{4}$ als Pension, also ungefähr 1230 Mark. Viele der jetzigen emeritirten Lehrer beziehen nach 35 und mehrjähriger Dienstzeit keine 1230 Mark Pension. Da wäre doch wohl zu wünschen, daß allen jetzt pensionirten Lehrern, die mindestens 35 Jahre im Amte gewesen sind und noch nicht 1230 Mark als Ausgabezahl haben, dieses so weit erhöht oder wenigstens eine jährliche feststehende Pensionsunterstützung gewährt werden möge. Diese Verbesserung käme Lehrern zu gute, die sich schon während ihrer aktiven Dienstzeit mit geringem Einkommen haben durchschlagen müssen. Die Mehrausgabe würde weder hoch sein, noch lange Jahre dauern.

Posen, 28. November. Bei den hentigen Stadtverordneten-Wahlen siegten in der dritten Abtheilung die deutschen Kandidaten im ersten Bezirk mit knapper, im zweiten und dritten Bezirk mit großer Majorität, wogegen den vierten Bezirk (Lithauische) ein Pole behauptete. Im Ganzen wurden sechs Deutsche und ein Pole gewählt. Mithin haben die Polen ein Mandat von den bisher innegehabten verloren.

Oesterreich-Ungarn.

Peſt, 28. November. Die ungarischen In-
dustriellen entsandten eine Abordnung von 100
Mitgliedern an den König, um für dessen und
der Königin Theilnahme an der Jahraus-
stellung zu danken. Auf die Ansprache der
Abgeordneten erwiderte der König, es gereiche
ihm zur besonderen Freude, daß die Indus-
triellen durch ihr Erscheinen ihm Gelegenheit
gegeben hätten, ihnen als den wackeren Indus-
triellen der Jahrausstellungs-Commissariat für
jenen opferwilligen und unermüdlichen Eifer, den
sie zum Vortheil der Ausstellung entfalten
hätten und dem der glänzende Erfolg in erster
Reihe zu verdanken wäre, seine volle Anerken-
nung mündlich aussprechen zu können. Die Ab-
ordnung sprach sodann bei dem Handelsminister
Daniel vor.

Italien.

Rom, 20. November. Nach dem heutigen Frühstück im königlichen Palaste auf dem Quirinal begab sich der König von Serbien nach dem Gasteio „Zum Quirinal“, um dem daselbst wohnenden serbischen Gesandten Bogischewitsch einen Besuch zu machen. Von hier aus fuhr sodann der König mit dem Kriegsminister und sieben anderen Persönlichkeiten, sämtlich in großer Uniform, in Privatwagen nach dem Vatikan um dem Papste seinen Besuch abzustatten. Eine Kompagnie italienischer Karabinieri mit Faghe und Muffe erwies unter den Klängen der serbischen Hymne die militärischen Ehren. Zu beiden Seiten des Wagens, in welchem der König saß, und welchem je ein Zug Karabinieri voranritt und folgte, ritten zwei Offiziere dieser Truppe. Von dem Muscucci-Platz über den Petersplatz bis zum Fortikus Karls des Großen bildete eine italienische Infanterie-Brigade unter dem General Agmonino Spalier. Der Wagenzug fuhr um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Vatikan ein. Der König von Serbien wurde daselbst mit königlichen Ehren empfangen. Von Vatikan wird König Alexander in derselben Weise nach dem Gasteio „Zum Quirinal“ und von dort in königlichen Wagen nach dem Quirinal-Palaste zurückkehren. Ein äußerst reiches Publikum wohnte der Fahrt des Königs zum Vatikan bei und begrüzte denselben eifrigst. Beim Eintritt in den Vatikan wurde der König Alexander durch den Amosiner und mehrere geistliche und weltliche Persönlichkeiten empfangen, welche den König und das Gefolge bis zu dem Vorzimmer und den päpstlichen Gemächern begleiteten. Der König betrat den Audienzsaal und verließ daselbst allein mit dem Papst gegen dreiviertel Stunden; abdaun wurde das Gefolge des Königs dem Papste vorgestellt. Nach der Audienz begab sich der König zur Begrüßung des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla. Um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr verließen der König und das Gefolge den Vatikan. Der König nahm später den Ehe bei dem serbischen Gesandten Bogischewitsch ein und begab sich hierauf nach dem Quirinal. Rampolla wird dem Könige nach dessen Rückkehr aus Neapel den Besuch erwidern.

Griechenland.

Athen, 25. November. Der Fanatiker Mazaris hatte offenbar bei dem Entwurfe des Mordplans gegen die beiden von ihm angegriffenen Bankiers auch zugleich die eigene Entledigung bezweckt, denn die beiden Dynamitpatronen, in denen er sich im Gefängniß tödtete, hatte er bereits vor Ausführung der That zu sich gesteckt und so selbst mit ins Gefängniß gebracht. Als er den Mord vollbracht hatte, war er ruhig liegend an der Stelle des Verbrechens stehen geblieben, bis sich endlich einige Polizisten einfanden, denen er widerstandslos nach der Polizeidirektion folgte. Sein Mordurtheil hatte er von sich geworfen. Diese Haltung des Mörders überraschte derart, daß man bei seiner Verlebensuntersuchung bei ihm vornahm. Mit dem heroischen Lächeln auf seinem Gesichte erklärte er, daß er die That habe vollbringen müssen, um seinen anarchoistischen Grundfäden Geltung zu verschaffen, aber ebenso sei er bereit, um dieser Grundfäden willen selbst den Tod zu erleiden. Im Gefängniß blieb er zwei Tage, und zwar im freien Verkehr mit den übrigen Gefangenen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. November. Eine Bestimmung der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen wird bei allen Arbeitgebern Anlaß finden und das ist die Verringerung bezüglich der Erhöhung des Krankengeldes für Unfallverletzte vom Beginn der fünften Woche an. Schon nach den bisherigen Gesetzen muß vom Beginn der fünften Woche an nach Eintritt des Unfalles der zum Ablauf der dreizehnten Woche das Krankengeld, welches den durch einen Betriebsunfall verletzten Personen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes gewährt wird, auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes bemessen werden. Die Differenz zwischen diesen zwei Dritteln und dem gesetzlich oder statutenmäßig zu gewährenden niedrigeren Krankengelde ist bisher der Arbeitgeber zu erstatten verpflichtet, bei welchem der Verletzte zur Zeit des Vorkommens des Unfalles in Arbeit gestanden hat. Diese Anordnung hat vielfache Anfechtung erfahren. Einmal widerspricht sie dem ganzen Geiste der staatlichen Unfallversicherung, die doch gerade geschaffen wurde, um die Solidarität der Betriebsunternehmer für die Entscheidung der Unfallverletzten oder deren Hinterbliebenen herbeizuführen. Sie erzeugt förmlich eine Lücke in der durch die Unfallversicherung sonst geschaffenen Gemeinschaft der Arbeitgeber. Sodann aber konnte sie gerade die kleineren Unternehmer stark belasten. Größere Betriebe werden naturgemäß von solchen Ausgaben nicht so berührt, wie solche, in denen nur wenige Arbeiter beschäftigt werden. Gerade im Interesse der letzteren lag deshalb eine Befreiung dieser Anordnung. In der Novelle ist sie auch nachträglich, nachdem der Entwurf vom Juni 1894 eine solche Verringerung vermissen ließ, erfolgt. Richtig soll nicht der einzelne Arbeitgeber, sondern die Berufsgenossenschaft verpflichtet sein, die Differenz zu erstatten und zwar diejenige Berufsgenossenschaft, welcher die Entscheidung für den betreffenden Unfall obliegt oder obliegen würde, wenn die Folgen des Unfalles nicht vor Ablauf von dreizehn Wochen gehoben wären.

— Die königliche Eisenbahn-Direktion hat an sämtliche Stationen mit Bahnhoſen- wirthſchaften eine Verfügung erlaſſen, in der es heißt: „Im Hinblick darauf, daß in den Bahnhoſenwirthſchaften für die dem Publikum dargebotenen Butterbrode vielſach Margarine ſtatt natürlicher Butter Verwendung finden ſoll, wird es für angemessen erachtet, daß, wenn eine ſolche Verwendung ſtattfindet, das Publikum hiervon ſteutlich erſäht und vor der Täuſchung, Margarine ſtatt Butter zu genießen, gewarnt wird. Die Stationsvorſtände wollen deſhalb von den Bahnhoſenwirthſchaften eine ſchriftliche Zeugetſung darüber erfordern und der Betriebsinſpektion vorlegen, ob ſie Margarine für den bezeichnenden Zweck verwenden. Wo dieſes der Fall iſt, iſt durch die Betriebsinſpektion zu veranlaſſen, daß in den zum Ausgang gebrachten Preisverzeichniſſen neben den Butterbroden auch Margarinebrode unter entſprechender Abſtufung des Preiſes aufgeführt werden. Für die Direktionskationen iſt hiervon Mittheilung zu machen. Sollte ſich ſpäter herausſtellen, daß Bahnhoſenwirthſche, welche die obige Anfrage verneint haben, gleichwohl Margarine verwenden, ſo wird gegen dieſelben je nach Umſtänden mit Kündigung des Vertrages vorgegangen werden.“

— Der Regierungsbaumeister Bath in Greifswald ist zum Landbauinspektor ernannt und ihm die Stelle des akademischen Baumeisters bei der Universität Greifswald übertragen worden.

— Der Staatsanwalt Hilde aus Berlin ist zum ersten Staatsanwalt in Köslin ernannt. — Nachdem im § 57a der Gewerbeordnung das Alter, vor dessen Erreichung der Wander- gewerbeschäftigen den Inländern in der Regel zu verlasen ist, vom vollendeten 21. auf das vollendete 25. Lebensjahr erhöht worden ist, hat der Bundesrat in der heute beschlossenen Ausführungsbestimmungen zur Gewerbeordnung auch für Ausländer die Zulassung zum Gewerbebetrieb im Unterhiesigen, aufstakt wie bisher von der Erreichung des 21., von der Heberfchreitung des 25. Lebensjahres abhängig gemacht. Von diesem Erfordernis darf ausnahmsweise gegen- über solchen Ausländern abgesehen werden, welche nachweislich in dem nächsten vorangegangenen Kalenderjahre einen Wandergewerbeschäft in für dasselbe Gewerbe erhalten haben.

— Am 7. Dezember findet die Generalversammlung der „Union“, Fabrik chemischer Produkte, hier selbst statt, dem in derselben zum Vortrag gelangenden Verwaltungsbericht für 1895—96 entnehmen wir Folgendes: Der Abschluß bietet ein wesentlich erfreuliches Bild als der vorjährige. Wenn auch noch manigfache

... der